



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 27./28. September 2014

69. Jahrgang/Nr. 226 Berlinausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

## Wo das bessere Deutschland wohnt

1500. Folge »Lindenstraße«: Die Mutter der deutschen Fernsehserien hat bis zu 3,5 Millionen Zuschauer. Auch deshalb, weil sie die Schwachstellen der Gesellschaft nicht ausblendet. **Seiten 18 und 19**

Fotos: WDR/E. Reinhardt, WDR/S. Mahner, WDR/M. Lukaschek

## STANDPUNKT

### Stumpfes Schwert

Aert van Riel über die Klage der Oppositionsparteien

Die Opposition im Bundestag hat es nicht leicht. Sogar ihr scharfes Schwert, der Untersuchungsausschuss, droht stumpf zu werden. Denn die übermächtige Große Koalition versucht, mit Trickserien die Aufklärung über Zusammenhänge und Details der Geheimdienstspähaffäre zu verhindern. Dass LINKE und Grüne sich nun juristisch dagegen wehren, ist durchaus nachvollziehbar. Bei ihnen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sie nur gemeinsam Union und SPD die Stirn bieten können. Selbstverständlich ist das nicht. Denn in den letzten Monaten war das Verhältnis zwischen den beiden Oppositionsparteien nicht sonderlich gut. Es sei hier nur an die Parlamentsdebatten über den Sturz der ukrainischen Regierung und den Bürgerkrieg im Osten des Landes erinnert. Es ist begrüßenswert, dass sich LINKE und Grüne nun zusammenraufen.

Der nun auch juristisch ausgetragene Streit zwischen Koalition und Opposition um den Ort der Befragung von Edward Snowden wirkt bizarr. Dass er aussagen soll, hat der Untersuchungsausschuss beschlossen. In Wirklichkeit will die Koalition genau dies verhindern. Aber selbst wenn die Opposition eines Tages durchsetzen sollte, dass Snowden nach Deutschland kommt, dürfte dies nicht ausreichen, um den Untersuchungsausschuss wieder zu einem starken Kontrollinstrument zu machen. Dagegen scheint der Widerstand der Bundesregierung, die den Abgeordneten kaum wichtige Akten zu Verfügung stellt, zu groß zu sein.

## UNTEN LINKS

Der verbissene Kampf für und gegen **Private Krankenkassen** gehört zu den großen ideologischen Gefechten unserer Zeit. Wer sie abschaffen will, ist auf jeden Fall schon mal kein guter Marktwirtschaftler und wahrscheinlich auch kein lupenreiner Demokrat; wer aber auch gleich noch eine Einheitskasse für alle fordert, der kann eigentlich nur Zentralist, Altkommunist, Dr. med. soz. oder noch etwas viel Schlimmeres sein. Solche Leute wiegeln die Bürger auf und machen die heiligen Grundwerte madig, auf denen unsere Erfolgsgesellschaft beruht: Profitrate, Wettbewerb, Effizienz, freie Auswahl. Wer das nicht will, der will quasi den Sozialismus zurück haben, und wohin der führt, das kann man ausgiebig im Museum von Hubertus Knabe besichtigen. Nun soll über die Abschaffung der Privaten Krankenkassen sogar das Volk entscheiden – in der Schweiz. Na Gott sei dank. Sollen sie doch hinter den sieben Bergen so viel Sozialismus machen, wie sie wollen. *wh*

ISSN 0323-4940



# Kinderkram und Kitapläne

Über das Rostocker »Kreidegate«, Rot-Rot-Grün in Thüringen und Schwesigs Reform



Foto: Fotolia/Nastassia Yakushevich

Berlin. Kinder sind toll, sich als Erwachsener der von Kindern gern benutzten Kreide zu bedienen, kann allerdings gefährlich werden.

Jedenfalls in Rostock. Dort sorgt seit ein paar Tagen das »Kreidegate« für Aufsehen – und Gelächter. Die Polizei will dem Linkspolitiker Steffen Bockhahn unbedingt juristisch anhängen, dass er NATO-kritische Parolen auf die Straße malte. Mit Sprühkreide. Nachdem der Versuch scheiterte, daraus einen Fall von Sachbeschädigung zu machen, wird nun gegen Bockhahn wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Denn Bockhahn war nicht allein, weshalb die Behörden nun da-

rin eine nichtangemeldete Demo unter freiem Himmel zu sehen versuchen – die anzumelden man ihm am »Tattag« noch verweigert hatte.

Es liegt nahe, das Gebaren der Behörden kindisch zu nennen, das wäre aber ungerecht gegenüber Kindern. Die können nichts dafür, was Erwachsene in ihrem Namen oder zu ihren angeblichen Gunsten verzapfen. In Thüringen wurde vor Jahren ein Landeselterngeld für jene Eltern eingeführt, die ihre Kleinen nicht in Krippen betreuen lassen. Opposition, Fachleute und Rechnungshof waren dagegen. Nun gibt es eine Chance zur Korrektur: In Sondierungen haben sich LINKE, SPD und Grüne ge-

einigt, die »Förderung« abzuschaffen – und auf ein kostenfreies Kita-Jahr noch dazu.

Ob daraus Regierungswirklichkeit wird, muss sich zeigen. Ganz real war am Freitag der Auftritt der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Bundestag, wo die SPD-Politikerin über Pläne zur Reform des Elterngeldes und den Kita-Ausbau sprach. Alles soll natürlich sehr viel besser werden, die Opposition pochte allerdings auf Nachbesserungen. So würden etwa, beklagten Linkspartei und Grüne, Alleinerziehende und Hartz-Empfänger benachteiligt – also auch deren Kinder. Ob diese nun gern mit Kreide malen oder nicht. *tos* **Seiten 4 und 5**

# Opposition will Snowden-Aussage erzwingen

LINKE und Grüne klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Regierung und NSA-Ausschuss

**Die Koalition bremst die Aufklärung im Untersuchungsausschuss zur Geheimdienstspähaffäre. Dagegen wehrt sich die Opposition nun auch juristisch.**

Von Aert van Riel

Um eine Vernehmung des früheren Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags durchzusetzen, sind LINKE und Grüne vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Die Organstreitklage sei am Donnerstagabend eingereicht worden, sagte die Prozessbevollmächtigte der Opposition, Astrid Wallrabenstein, vor Journalisten in Berlin. Zwar hatte sich der Ausschuss geeinigt, dass Snowden, der mit seinen Enthüllungen die NSA-Affäre ins Rollen gebracht hatte, befragt werden solle, aber nach dem Willen der Koalition aus Union und SPD nicht in Deutschland, sondern an seinem Aufenthaltsort

oder per Videokonferenz. Das lehnt Snowden ab, weil er in Russland, wo er Asyl erhalten hat, nicht frei aussagen könne.

Wallrabenstein warf der Bundesregierung vor, ihre Haltung nicht ausreichend zu begründen. Das einzige vorgebrachte Argument sei, dass man die deutsch-amerikanischen Beziehungen belasten würde, wenn die Bundesrepublik Snowden nicht ausliefern sollte. »Damit wird die Regierung nicht durchdringen«, prognostizierte Wallrabenstein. Denn es sei widersprüchlich, dass die Koalition behaupte, dass Snowden im Ausland das Gleiche aussagen würde wie in Deutschland. Dann stelle sich die Frage, warum eine solche Vernehmung keine Auswirkungen auf die Kontakte mit den USA hätte. Zudem könnten die Amerikaner keine Auslieferung verlangen. Dafür gebe es keine rechtliche Grundlage.

Die Klage der Opposition richtet sich nicht nur gegen die Bun-

desregierung, sondern auch gegen den Ausschuss mit seiner Koalitionsmehrheit. Wallrabenstein verwies in diesem Zusammenhang auf die Minderheitenrechte der Op-

*Seit der Ausschuss seine Arbeit aufgenommen hat, ist die Beweiserhebung immer wieder erschwert worden.*

position. Diese ermöglichen es LINKE und Grünen, in dem Ausschuss Zeugen zu benennen. Aber wo und wie diese befragt werden, sehen Union und SPD als Verfahrensfragen, über die mit ihrer Mehrheit entschieden werden könne. Ob dies einen Verstoß gegen die Minderheitenrechte darstellt, wird nun die Karlsruher Richter beschärfen.

## Seniorentreff in Berlin droht abermals das Aus

Freizeiteinrichtung »Stille Straße« erhält keine Mittel der Lotto-Stiftung

Berlin. Die durch ihren Protest weltweit berühmt gewordene Seniorenfreizeitstätte in der Stillen Straße in Berlin-Pankow ist nach ihrer Rettung vor knapp zwei Jahren schon wieder von der Schließung bedroht. Der Stiftungsrat der Berliner Lotto-Stiftung hatte in seiner Sitzung am Mittwoch entschieden, dass die Gelder für dringend notwendige Sanierungsarbeiten nicht bewilligt werden. »Die vorhandenen Mittel sind begrenzt«, sagt Stiftungsvorstand Marion Bleß. Das Gremium habe die beantragten Zuwendungen mehrheitlich als nicht prioritär bewertet, so Bleß. Welche Projekte unterstützt werden, entscheidet der Stiftungsrat mit einfacher Mehrheit. Er besteht aus sechs Mitgliedern, die jeweils vom Berliner Senat bestimmt und vom Abgeordnetenhaus gewählt werden. Vorsitzender ist der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Sozialsenator Mario Czaja (CDU) und Arbeitsministerin Dilek Kolat (SPD) gehören dem Gremium ebenso an, wie die drei Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und Grünen. Mario Czaja durfte als zuständiger Ressortleiter an der Abstimmung zur Stillen Straße nicht teilnehmen. Insgesamt wurde bei der Sitzung über die Vergabe von über 24 Millionen Euro entschieden. 58 Projekte hatten ihre Anträge eingereicht, letztendlich erhielten 38 Bewerber eine Zusage. Sie bekommen Summen zwischen 7000 und fünf Millionen Euro.

»Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar. Die Senioren haben hart für ihren Treff gekämpft und hätten eine andere Entscheidung verdient«, sagt Heidi Knake-Werner, Landesvorsitzende der Volkssolidarität, die die Begegnungsstätte im Oktober 2012 übernommen hatte. *cod* **Seite 14**

## Bundestag stimmt für UN-Konvention gegen Korruption

Deutschland ratifiziert Vertrag als letztes EU-Land

Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstagabend der Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption zugestimmt. Die Übereinkunft aus dem Jahr 2003 verpflichtet die beteiligten Länder, die Regelungen in nationales Recht zu überführen. Diese sehen vor, Korruption gegenüber Amtsträgern zu bestrafen und bei deren Bekämpfung auch international zusammenzuarbeiten.

Die Konvention wurde in mehr als 170 Ländern weltweit ratifiziert. Deutschland war der letzte Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in dem dies noch nicht erfolgt war. Unter den Industrieländern haben lediglich Japan und Neuseeland das Abkommen noch nicht ratifiziert.

Deutschland gehörte im Dezember 2003 zwar zu den Erstunterzeichnern der UN-Konvention. Die Ratifizierung war jedoch lange am Fehlen hinreichender strafrechtlicher Vorschriften gegen Abgeordnetenbestechung gescheitert. Dies hatte die Große Koalition erst in diesem Jahr nachgeholt, zum 1. September trat die Neuregelung in Kraft. Vor allem die Union hatte sich lange dagegen gewehrt, da sie Einschränkungen für die Arbeit der Abgeordneten befürchtete.

»Endlich kommt es zur Ratifizierung. Wir freuen uns, dass Deutschland bei internationalen Verhandlungen zur Korruptionsbekämpfung zukünftig nicht mehr außen vor bleibt«, erklärte die Vorsitzende der Organisation Transparency International, Edda Müller. Weitere Schritte zur Ratifizierung sind nun noch die Zustimmung des Bundesrats und die Hinterlegung der Urkunde bei der UNO. *AFP/nd* **Kommentar Seite 2**